

Dokumente zur Gewerkschaftspolitik

Grundsatzforderungen der IG Metall - Beschlüsse und Auszüge aus Reden der Gewerkschaftstage Handel, Banken und Versicherungen und IG Chemie-Papier-Keramik

Mit diesem Einhefter setzen wir die Veröffentlichung von Dokumenten und Aussagen der Gewerkschaften fort (vgl. Einhefter Nr. 10/72). In nachstehender Reihenfolge bringen wir 10 Thesen der IG Metall zur Gesellschaftsreform, veröffentlicht im Metall Pressedienst vom 10. Oktober 1972, Leitsätze der IG Metall zur Vermögenspolitik (Metall Pressedienst vom 17. Oktober 1972), Auszüge aus Reden und Diskussionsbeiträ-

gen sowie Beschlüsse des Gewerkschaftstages Handel, Banken und Versicherungen vom 1. bis 6. Oktober in Dortmund und einen weiteren Beschluß des Gewerkschaftstages der IG Chemie-Papier-Keramik vom 17. bis 22. September in Dortmund. Mit diesen Veröffentlichungen entsprechen wir einem vielfachen Wunsch unserer Leser.

Die Redaktion

10 Thesen der IG Metall zur Gesellschaftsreform

1. Wirtschaftliches Wachstum ist auch in Zukunft notwendig. Besondere Bedeutung kommt jedoch nicht nur der allgemeinen Wachstumsrate des Sozialprodukts zu, sondern auch der Richtung des wirtschaftlichen Wachstums. Vorrang muß die Befriedigung solcher kollektiven Bedürfnisse erhalten, welche die Qualität des menschlichen Lebens verbessern.

2. Der Maßstab privatwirtschaftlicher Rentabilität reicht als Grundlage unternehmens- und wirtschaftspolitischer Entscheidungsprozesse nicht aus. Unternehmerische Entscheidungsfreiheit und Produktionslenkung durch den Markt finden dort ihre Grenze, wo sie mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen nicht in Einklang zu bringen sind.

3. Notwendig sind Entwicklungsdaten und Planungsgrundlagen, die soziale Kosten der privaten Produktion und gesellschaftliche Vorteile öffentlicher Dienstleistungen sichtbar machen. Der Maßstab einzelwirtschaftlicher Produktivität muß durch den Maßstab gesellschaftlichen Nutzens ergänzt werden. Es müssen Überlegungen angestellt werden, wie die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu einer gesellschaftlichen Gesamtrechnung ausgebaut werden kann.

4. Wichtigste Voraussetzung für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Reformvorstellungen ist die Demokratisierung der industriellen Verfügungsgewalt. Zentraler Bestandteil der gewerkschaftlichen Mitbestimmungskonzeption ist die Forderung nach gleichberechtigter Mitbestimmung in allen Großunternehmen. Ergänzt wird sie auf der einen Seite durch die volle Ausschöpfung und Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes im Rahmen der gewerkschaftlichen Betriebspolitik. Vervollständigt wird sie auf der anderen Seite durch ein System der gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung, das die Interessen der Arbeitnehmer zum gleichberechtigten Bestandteil einer planmäßigen und vorausschauenden Wirtschaftspolitik macht.

5. Neben der gleichberechtigten Mitbestimmung der Arbeitnehmer rücken die Instrumente zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht und die am gesellschaftlichen Interesse orientierten Lenkungsformen immer stärker in den Vordergrund, die im

Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes aufgeführt sind.

6. Reformpolitik zur Verbesserung der Lebensqualität muß keineswegs automatisch auf eine starke Steigerung des Staatsanteils am Sozialprodukt hinauslaufen. Unumgänglich ist aber, daß der Anteil der zukunfts wirksamen öffentlichen Investitionsprogramme an den Staatsausgaben steigt. Aufbringung und Verwendung der öffentlichen Mittel müssen neu durchdacht werden.

7. Eine Finanzierung zusätzlicher Reformausgaben durch Lohnverzicht wird von den Gewerkschaften ebenso abgelehnt wie eine Finanzierung durch allgemeine Steuererhöhungen. Finanzierungsvorschläge, denen die Gewerkschaften zustimmen sollen, dürfen den Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit nicht vernachlässigen.

8. Absoluten Vorrang haben die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Steuerreform. Sie sind gleichermaßen auf die Grundsätze der Vereinfachung des Steuersystems, der finanziellen Ergiebigkeit und der Steuergerechtigkeit zugeschnitten.

9. Die öffentlichen Haushalte müssen von unproduktiven Ausgaben entlastet werden. Rüstungsausgaben und Subventionen sind zu kürzen. Die öffentliche Verwaltung ist nach den Vorstellungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu rationalisieren. Öffentliche Infrastrukturinvestitionen dürfen nicht zum Spielball stabilitätspolitischer Überlegungen gemacht werden.

Anforderungen an die öffentlichen Haushalte sind dadurch herabzusetzen, daß die sozialen Kosten der privaten Produktion nach dem Verursachungsprinzip angelastet werden. Verbleibende Defizite sind durch eine verschärfte Besteuerung von Großeinkommensbeziehern und Unternehmensgewinnen zu decken.

10. Die IG Metall ist bereit, aus diesen Grundsätzen der gewerkschaftlichen Reformpolitik selbst Konsequenzen zu ziehen. Auf keinen Fall darf eine sogenannte große Lösung in der Vermögenspolitik unseren tarifpolitischen, mitbestimmungspolitischen und steuerpolitischen Zielen zuwiderlaufen. Daraus ergeben sich Schlußfolgerungen für die zeitliche Rangfolge der gewerkschaftlichen Reformvorstellungen.

Leitsätze zur Vermögenspolitik

1.

Die IG Metall strebt ebenso wie in der Einkommensverteilung eine sozial gerechtere Vermögensverteilung an, das heißt einen höheren Anteil der Arbeitnehmer an der gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung.

2.

Die Vermögenspolitik umfaßt in diesem Sinne alle Maßnahmen, die geeignet sind, die bisherige Vermögensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer zu verbessern bzw. bestehende Einseitigkeiten abzubauen. Die soziale Stellung des Arbeitnehmers kann durch vermögenspolitische Maßnahmen jedoch nicht grundsätzlich geändert werden. Vermögenspolitik kann daher weder die Mitbestimmung noch den weiteren Ausbau des Systems der kollektiven Sicherheit ersetzen.

3.

Wichtige Grundlage der Vermögenspolitik ist eine gerechte Einkommens- und Steuerlastverteilung. Die aktive Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften und ihre Bemühungen um eine soziale Steuerreform sind daher von erheblicher vermögenspolitischer Bedeutung. Vermögenspolitische Maßnahmen, die direkt oder indirekt die aktive Tarifpolitik einschränken oder die eine gerechtere Steuerlastverteilung verhindern, werden aus diesem Grunde als ungeeignet abgelehnt.

4.

Aus dieser Grundhaltung macht die IG Metall erhebliche Bedenken gegen die sogenannte überbetriebliche Ertragsbeteiligung geltend. Diese Form der Vermögenspolitik knüpft direkt an die Gewinne der Unternehmer an. Es hat sich gezeigt, daß damit ein direkter Zusammenhang zu dem möglichen Spitzensteuersatz in der Einkommens- und Körperschaftsteuer besteht. Die IG Metall gibt jedoch der stärkeren steuerlichen Belastung hoher Einkommen die Priorität. Die Verbindung mit dem Gewinn wirkt zudem auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik zurück. Sie wird zwangsläufig auf den Produktivitätszuwachs begrenzt, da ein Anteil der Arbeitnehmer an den Gewinnen durch die Ertragsbeteiligung bereits gegeben sein soll. Aus grundsätzlichen gewerkschaftspolitischen Überlegungen hält die IG Metall aber an der Konzeption der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, den Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt zu erhöhen, fest.

5.

Ein weiteres Bedenken gegen die überbetriebliche Ertragsbeteiligung betrifft die Sperrfristen. Ökonomische Überlegungen deuten darauf hin, daß die Anteile der Arbeitnehmer an der überbetrieblichen Ertragsbeteiligung für lange Zeit und vielleicht sogar prinzipiell der Verfügung der Arbeitnehmer entzogen werden müssen, wenn der Effekt der Ertragsbeteiligung gesichert sein soll. Lange oder gar ewige Sperrfristen müssen aber abgelehnt werden, weil sie den Arbeitnehmern nur fiktive Vorteile bringen würden, die zu entsprechenden Gegenreaktionen führen müßten.

6.

Die Verknüpfung der vermögenspolitischen Diskussion mit dem Problem der Kontrolle privater wirtschaftlicher Macht ist nach Auffassung der IG Metall sachlich nicht haltbar und kann zu gesellschaftspolitischen Fehlentwicklungen führen. Die IG Metall wendet sich gegen die Konzentration des Produktivkapitals in wenigen Händen und unterstützt alle rechtlichen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, dieser Konzentrationstendenz entgegenzuwirken. Eine breitere Streuung des Produktivvermögens läßt die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel aber im Prinzip unangetastet. Auch die kollektive Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen über Fonds kann keine Lösung sein, da diese, abgesehen von anderen Fragen, keinen mitbestimmenden Einfluß sichert, sich dagegen zwangsläufig negativ auf die gewerkschaftliche Forderung nach qualifizierter Mitbestimmung auswirken muß. Die IG Metall hält daher eine klare Trennung zwischen Vermögenspolitik einerseits und der Kontrolle wirtschaftlicher Macht andererseits für unbedingt notwendig und spricht sich gegen die einseitige Betonung des Produktivvermögens in der Vermögenspolitik aus.

7.

Aus den vorstehenden Punkten ergibt sich, daß nach Auffassung der IG Metall der Vermögenspolitik nur eine begrenzte

gesellschaftspolitische Funktion zugewiesen werden kann. Die Vermögenspolitik hat die Aufgabe, der sozialen Ungerechtigkeit in der Vermögensverteilung entgegenzuwirken. Sie kann jedoch nicht die soziale Stellung der Arbeitnehmer grundsätzlich verändern, etwa indem sie die Arbeitnehmer durch Vermögensbildung aus ihrer abhängigen Stellung als Lohn- und Gehaltsempfänger befreien kann. Sie kann gleichfalls nicht das Problem der wirtschaftlichen Macht lösen, das sich aus der privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel ergibt. Aus dieser Begrenzung ergeben sich auch die Ansatzpunkte für eine sinnvolle Vermögenspolitik. Sie liegen bei der gewerkschaftlichen Tarifpolitik (unter Einfluß von Verträgen über vermögenswirksame Leistungen), bei der Steuerpolitik (gerechtere Steuerlastverteilung, insbesondere für höhere Einkommen) und bei der Verbesserung der staatlichen Spärförderung (Ausbau des 624-DM-Gesetzes, Eigentumsförderungsmaßnahmen im Wohnungsbau usw.).

Diese Ansatzpunkte durchzuarbeiten und gewerkschaftliche Vorschläge für eventuelle Verbesserungen zu machen, sollte eine ständige gewerkschaftliche Aufgabe sein.

Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen

Margarete Seipel:

Frauen für die Gewerkschaften

Wir haben davon auszugehen, daß die Großunternehmer den antigewerkschaftlichen Kurs weiter verstärken und ihren Einfluß in den Parteien, die Unternehmerinteressen vertreten, nutzen werden, die berechtigten gewerkschaftlichen Forderungen auch an die Parlamente abzuwehren.

Was wir gegenwärtig in der Bundesrepublik erleben, ist nichts anderes, als daß von diesen Kräften versucht wird, die Uhr anzuhalten, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Starke und kampffähige Gewerkschaften sind darum in Zukunft notwendiger denn je.

Solidarität, anerzogen in gewerkschaftlicher Arbeit, ist eine große Kraft. Wäre es nicht auch unsere Aufgabe, wenigstens da, wo es krasse Unterbezahlung von Frauen gibt, mal von der Solidaritätsseite der Kollegen her den Kolleginnen zu ihren Rechten zu verhelfen? Überläßt man es den in betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen unerfahrenen Kolleginnen, bleibt dieser Zustand unverändert. Und die Unternehmer werden weiter Millionen zusätzlicher Gewinne aus der billigen Frauenarbeit einstreichen.

Wir wissen doch aus Erfahrung, daß, wenn irgendetwas ein Durchbruch erzielt wird, die Sache in Bewegung kommt.

Wenn wir die Verhältnisse als nicht unveränderlich ansehen, dann wird durch gewerkschaftliche Solidarität diesem Grundübel – die arbeitenden Frauen zu benachteiligen – beizukommen sein.

Die berufstätigen Frauen gewerkschaftlich zu organisieren; sie zu interessieren ist also eine Aufgabe, bei der es kein Resignieren geben darf. Es ist richtig, unsere Frauenarbeit muß in die gesamtgewerkschaftliche Arbeit eingeschmolzen werden – aber nicht mit dem Ergebnis, sie ganz unter den Teppich zu kehren.

Wir müssen Wege finden, diese Aufgaben zu lösen, wahrscheinlich sind wir noch zu unbeweglich, sind unsere Materialien nicht lebendig, lebensnah genug.

H. O. Vetter:

Macht, Konzentration und Gemeineigentum

Die zunehmende Konzentration und die damit verbundene Machtzusammenballung erhöht stetig die Preis- und Gewinnspielräume der Unternehmer. Hier in erster Linie muß eine Stabilitätspolitik ansetzen. Hier ist der wahre Grund für die Krisenanfälligkeit unserer Wirtschaft. Immer mehr Macht konzentriert sich in immer weniger Händen. So erbrachten im Jahre 1968 nur 88 Konzerne und Unternehmen die Hälfte des

gesamten Industriellen Umsatzes in der Bundesrepublik. Besonders im Kreditwesen schreitet gegenwärtig die Konzentrationswelle unaufhaltsam fort. Durch Kartelle und Investitionsquoten will man die Wettbewerbsausschaltung auch noch honoriert bekommen.

Daß statt Investitionsquoten und Kartellabsprachen eine andere Antwort viel angemessener ist, das hat der Bundeskongreß des DGB im Juni dieses Jahres erneut bekräftigt. Und wir haben diese Antwort auch ganz bewußt in unsere Wahlforderungen aufgenommen. Unser Grundsatzprogramm verlangt, daß Schlüsselindustrien und marktbeherrschende Unternehmen öffentlicher Kontrolle unterworfen werden und in Gemeineigentum zu überführen sind. Nehmen wir nur den Bereich der Energiepolitik, wo wir solange keine befriedigende Lösung des Problems haben, solange nicht die Energieproduktion, ganz gleich, auf welcher Basis, ob Kohle, Wasserkraft, Erdgas, Öl oder Atomenergie, der öffentlichen Kontrolle unterworfen und in Gemeineigentum überführt ist.

Die Machtfülle der Großbanken in der Bundesrepublik ist in der gesamten Welt einmalig groß. In den Vorstandsetagen der Großbanken wird Strukturpolitik betrieben, die das Gegenteil von dem bezweckt, was die öffentliche, durch uns alle finanzierte Strukturpolitik erreichen will.

Die Großbanken sind Spitzenreiter und Förderer der immer noch anhaltenden Konzentrationswelle. So die Deutsche Bank, die einen wesentlichen Teil der Reifenindustrie kontrolliert, und so die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, die eine Brauerei nach der anderen aufkauft. Dies hat mit dem eigentlichen Kreditgeschäft der Banken nicht das geringste zu tun. Wir fordern daher eine Veränderung des herkömmlichen Universalbankensystems. Als erster Schritt zu dieser Reform könnte die schrittweise Abschaffung des Depotstimmrechts der Banken gesehen werden.

Die größten Finanzkonzerne der westlichen Welt haben sich zu einigen wenigen internationalen Gruppen zusammengeschlossen und torpedieren von Luxemburg oder London aus die Wirtschaftspolitik ganzer Industriestaaten. Hier stehen wir vor einer dringlicher werdenden Herausforderung gerade auch der gewerkschaftlichen Politik. Welche Erfolge sich dabei erzielen lassen, zeigt das Beispiel des multinationalen Konzerns Enka-Glanzstoff, wo gerade durch eine internationale Solidarität der Arbeitnehmer die Unternehmer zur Zurückziehung ihrer unsozialen Stillungspläne in der Schweiz, in Belgien, in der Bundesrepublik, vor allem aber in Holland, gezwungen werden konnten.

Ingrid Schuster:

Finanzierung der Reformen

Zur Durchsetzung von Reformen sind nicht die Erhöhung der Massensteuern und nicht Lohnverzicht notwendig, damit der Staat an das Geld kommt, das er so dringend für ein modernes Gesundheitswesen, für mehr Lehrer und Schulen, für Umweltschutz, Straßenbau und Sozialwohnungen braucht. Dafür soll die Subventionsflut endlich eingedämmt werden, die nicht unwesentlich zur Vermögensbildung in Arbeitgeberhand beigetragen hat. Dafür sollen Spekulationsgewinne abgeschöpft, dafür sollen die Unternehmerprofite stärker besteuert werden.

Und dafür soll endlich der Rüstungsetat einmal durchforstet werden. Wenn allein ein Phantomjäger soviel kostet wie 33 Kindergärten, ein U-Boot das Geld für sechs Schulen verschlingt, und für einen „Leopard“-Panzer elf Drei-Zimmer-Wohnungen gebaut werden könnten, dann wird deutlich, was selbst schon für einen Bruchteil der 24 Milliarden Mark, die jährlich in die Rüstung fließen, ein sozialer Sicherheit geschaffen werden kann. Gar nicht zu reden davon, daß das natürlich erst recht eine enorme Unterstützung der Entspannungs- und Friedenspolitik wäre.

Es ist bodenlos ungerecht, daß einige wenige Millionäre über mehr Macht verfügen als die Millionen Menschen, die den gesellschaftlichen Reichtum schaffen. Darum soll die andere Seite wissen, daß wir Ansprüche nicht nur auf tariflichem Gebiet, sondern, da gesellschaftliche Reformen unausweichlich sind, an unseren Forderungen auch auf gesellschaftspolitischer Ebene festzuhalten und sie durchzuführen bereit sind.

Boycott der Zeitungen des Springer-Konzerns (IA Nr. 1)

Alle im DGB zusammengefaßten Gewerkschaften stellen fest, daß u. a. alle Springer-Postillen, insbesondere die „Bild“-Zeitung, Kampforgane der Arbeitgeber und anderer reaktionärer und konservativer Kräfte in unserem Volke sind. Diese Organe nehmen überwiegend eine gewerkschaftsfeindliche Haltung ein.

Daher richten die Gewerkschaften an alle Arbeitnehmer den Appell, Zeitungen des Springer-Konzerns, insbesondere die „Bild“-Zeitung, nicht zu kaufen. Auf Gewerkschaftskongressen werden Springer-Produkte, wie alle anderen Arbeitgeber-Organe, nicht zum Kauf angeboten.

Konferenz aller europäischen Gewerkschaften (IA Nr. 14)

Der 8. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen begrüßt die Bestrebungen, im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation eine Konferenz aller europäischen Gewerkschaften durchzuführen. Er fordert den DGB-Bundesvorstand auf, sich für das baldige Stattfinden dieser Konferenz und für die Teilnahme aller europäischen Gewerkschaften, unbeschadet ihrer internationalen Organisationszugehörigkeit, einzusetzen.

Der Gewerkschaftstag hielt es für begrüßenswert, wenn sich die europäische Gewerkschaftskonferenz, unter Respektierung der gegenseitigen Auffassungen über Staat und Gesellschaft, im Interesse der Arbeitnehmer neben der vorgesehenen Beratung über sozialökonomische Probleme auch mit Fragen der Sicherung des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung beschäftigen würde.

Entspannungspolitik (E 9 und IA 17)

Die Delegierten des Gewerkschaftstages setzen sich ein für das baldige Stattfinden einer europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit aller Staaten Europas,

für die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie für die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und ihre Organisationen,

für die Aufnahme von Beziehungen zwischen den Gewerkschaften der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten,

für militärische Entspannung und den schrittweisen Abbau der Rüstungslasten in unserem Land und allen Ländern der Welt.

Die Delegierten des 8. ordentlichen Gewerkschaftstages begrüßen die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften der BRD, der UdSSR und anderer Länder Osteuropas.

Sie begrüßen ebenfalls die Aufnahme der Beziehungen zwischen dem DGB und dem FDGB. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen wird auch diese Kontakte unterstützen und eigene Maßnahmen im Rahmen der DGB-Beschlüsse fördern.

(Auszug)

Kontakte zum Weltgewerkschaftsbund (A 80)

Der Hauptvorstand wird beauftragt, innerhalb des DGB darauf hinzuwirken, daß die Beschlüsse aufgehoben werden, die Kontakte zu Mitgliederorganisationen des Weltgewerkschaftsbundes untersagen.

Vietnamkrieg (A 124)

Mit aller Schärfe protestieren die Delegierten gegen die erneute Ausweitung des Krieges in Vietnam. Was hier unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Kommunismus“ betrieben wird, ist Völkermord. Die Verminung nordvietnamesischer Häfen und Küstengewässer sowie die Ausdehnung des Krieges auf ganz Indochina beschwört die Gefahr eines neuen Weltkrieges herauf. Wir schließen uns den in aller Welt von verantwortungsbewußten Bürgern und Politikern erhobenen Forderungen an:

Sofortige Aufhebung der Blockade Nordvietnams.

Beendigung der Terrorangriffe auf nordvietnamesische Städte.

Sofortiger Abzug der US-Truppen aus ganz Indochina.

Das vietnamesische Volk muß endlich selbst über sein Land und seine Zukunft bestimmen können.

Die Bundesregierung ersuchen wir, alle Möglichkeiten des Einwirkens auf die USA in diesem Sinne zu nutzen.

IG Chemie-Papier-Keramik

Entschließung zur Tarifpolitik (E 218)

Die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik wird sich in den nächsten Jahren auf folgende Ziele konzentrieren:

I. Tarifautonomie

Unabdingbarer Bestandteil unser freiheitlichen Grundordnung ist eine uneingeschränkte Tarifautonomie, die es gestattet, die Interessengegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern offen auszutragen. Sie muß das uneingeschränkte Recht auf gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gewährleisten.

Es ist festzustellen, daß die Tarifautonomie durch die negativen Tendenzen in der Rechtsentwicklung, insbesondere aber durch die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, zunehmend eingeeignet wird.

II. Tarifzuständigkeit

Dem von einigen Arbeitgeberverbänden verfolgten Ziel, durch Bildung von Tarifgemeinschaften und Kernkommissionen und durch die Verknüpfung von Lohn- und Gehaltsfragen mit manteltariflichen Forderungen die bezirkliche Tarifzuständigkeit zu unterlaufen und Bundesverträge und bundeseinheitliche Ergebnisse zu erzwingen, wird auch in Zukunft energischer Widerstand entgegenzusetzen werden.

III. Schlichtung

Soweit Schlichtungsregeln bestehen oder vereinbart werden, soll nur noch eine Schlichtungsinstanz für den jeweiligen Geltungsbereich des Tarifvertrages eingerichtet werden.

Dabei soll vereinbart werden, daß die Einlassungsfrist eine Woche nicht überschreitet.

IV. Sicherung der Arbeitsplätze

Die fortschreitende technische Entwicklung, die daraus resultierende Veränderung der Produktions- und Arbeitsabläufe, das Verwenden neuer Werkstoffe und nicht zuletzt strukturelle Veränderungen in den Industriebereichen sowie die damit verbundenen höheren Leistungsanforderungen führen zu einer immer stärkeren Belastung der Arbeitnehmer. Viele Arbeitnehmer sind dieser Entwicklung nicht oder nicht mehr gewachsen. Eine der Folgen davon ist die Umsetzung an geringer bezahlte Arbeitsplätze oder sogar der Verlust des Arbeitsplatzes.

V. Humanisierung der Arbeitsbedingungen

Die Gefahr einer physischen oder psychischen Überforderung der Arbeitnehmer durch ausschließlich betriebswirtschaftliche Entscheidungen und damit nur kostendeckend ausgerichtete betriebliche Leistungsnormen, ist durch tarifvertragliche Regelungen abzuwenden.

VI. Mehr Freizeit

a) Arbeitszeitverkürzung

Die Einsparung von Arbeitsplätzen durch fortschreitende Technisierung und Rationalisierung macht es notwendig, weitere Arbeitszeitverkürzungen in Angriff zu nehmen. Im Verfolg dieses Zieles ist es erforderlich, überall dort, wo noch nicht geschehen, die Arbeitszeit auf 40 Stunden zurückzuführen und in den Bereichen mit hohem technischen Stand eine Unterschreitung der 40-Stunden-Woche zur Sicherung der Arbeitsplätze in Betracht zu ziehen.

b) Urlaub und Urlaubsgeld

Ausgehend davon, daß die ständig steigende Arbeitsintensität und die rigorose Ausnutzung der Arbeitszeit und der

Arbeitskraft zu einer erheblichen Mehrbelastung der Arbeitnehmer führen, ist eine Verlängerung der Urlaubsdauer auf 6 Wochen pro Jahr notwendig.

Schichtarbeitern muß aus gesundheitlichen Gründen und wegen der Erschwernisse, die sich aus der Schichtarbeit ergeben, ein Zusatzurlaub gewährt werden.

Das Urlaubsgeld hat insgesamt noch nicht die Höhe erreicht, die zur Abdeckung der zusätzlichen Aufwendungen, die durch den Urlaub bedingt sind, notwendig wäre. Es ist deshalb eine weitere Erhöhung des Urlaubsgeldes erforderlich.

Auszubildenden Jugendlichen ist das Urlaubsgeld in gleicher Höhe wie für die Erwachsenen zu gewähren.

Die Nichtanrechnung der arbeitsfreien Tage wird unter Einbeziehung des gesetzlichen Zusatzurlaubs für Schwerbeschädigte und der Auszubildenden bzw. Jugendlichen weiter forciert.

VII. Monatslohn

Die tarifvertragliche Vereinbarung von Monatslöhnen für gewerbliche Arbeitnehmer darf sich nicht nur beschränken auf die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten. Es geht vielmehr um den echten Monatslohn und nicht um die pauschalierte Monatslohnzahlung. Das heißt, neben der Anrechnung der monatlichen Stundenlöhne, der tariflichen Zuschläge, gehören zum Monatslohn alle übertariflichen Zulagen. Auf diesem Gesamtlohn müssen sich zukünftig alle Tarifierhöhungen errechnen (effektiv).

VIII. Gemeinsame Verträge für Arbeiter und Angestellte sowie Auszubildende

Der Grundsatz, gemeinsame Tarifpolitik für gewerbliche Arbeitnehmer, Angestellte und Auszubildende, hat sich in erfolgreichen Tarifabschlüssen bewährt. Diesen Fortschritt und Erfolg auch in Zukunft zu gewährleisten, erfordert nicht nur eine gemeinsame Tarifpolitik, sondern auch gemeinsame Verträge für diese Gruppen.

IX. Tariffragen der Angestellten

Der Anteil der Angestellten in unserem Organisationsbereich nimmt ständig zu. Die Tatsache, daß der Zeitpunkt abzusehen ist, wann beide Arbeitnehmergruppen zahlenmäßig gleich stark sein werden, setzt einen noch größeren Organisationsgrad der Angestellten voraus, um die Kontinuität der bisherigen erfolgreichen Tarifpolitik fortsetzen zu können.

X. Durchsetzung des Prinzips der Gleichwertigkeit der Arbeit von Mann und Frau

Die in den Tarifverträgen noch vorhandenen Lohndiskriminierungen, wie z. B. Leichtlohngruppen, vorgeschaltete Gruppen bei durchgehenden Lohngruppensystemen, unterschiedliche Lohnsätze für gleichwertige Tätigkeiten und analytische Bewertungsmaßstäbe, dürfen nicht versteckte Frauenlohnregelungen beinhalten. Dies gilt besonders für die Gewichtung der Anforderungsarten zueinander.

Bei der Festlegung der Lohn- und Gehaltsätze sind solche Relationen der Gruppen zueinander zu beseitigen, die die weiblichen Arbeitnehmer benachteiligen.

Gleichwertige Arbeiten und Leistungen sind gleich zu bewerten und zu entlohnen.

XI. Vertrauensleute

Es sind tarifvertragliche Vereinbarungen für Vertrauensleute anzustreben, die folgende Grundsätze enthalten müssen:

a) Die Vertrauensleute werden nach den Richtlinien der IG Chemie-Papier-Keramik während der Arbeitszeit gewählt.

b) Vertrauensleute dürfen nicht benachteiligt, diskriminiert oder behindert werden.

c) Vertrauensleute sind einmal im Monat für Sitzungen während der Arbeitszeit unter Weiterzahlung ihrer Bezüge freizustellen.

d) Vertrauensleute sind für die Zeit, die sie zur Durchführung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben benötigen, unter Weiterzahlung ihrer vollen Bezüge von der Arbeit freizustellen.

e) Vertrauensleute unterliegen einem erweiterten Kündigungsschutz.

(Auszug)